

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

20. – 26. April 2024

FOKUS EUROPAWAHLEN

Am 30. April wird die bürgerlich-konservative Partei Les Républicains ihre offizielle Kandidatenliste für die Europawahlen bekanntgeben. In Umfragen liegt die Partei derzeit bei rund 8% und würde somit die in Frankreich gültige 5%-Hürde reißen. Bereits im Wahlkampf befinden sich der Spitzenkandidat François-Xavier Bellamy sowie die Landwirtin Céline Imard und der Ex-Militärgeheimdienstchef General Christophe Gomar auf Listenplatz 2 und 3.

Der Sänger Francis Lalanne und der kontroverse Komiker Dieudonné kündigten eine gemeinsame Liste für die Europawahlen an, die sich als „Alternative zur politischen Diktatur“ und gegen „die Republik“, die ihrer Meinung nach „das Gegenteil von Demokratie“ ist, versteht. Lalanne positionierte sich während der Covid19-Krise als Masken- und Impfgegner. Dieudonné gilt aufgrund seiner antisemitischen Wortäußerungen als Sprachrohr der französischen Rechtsextremen. Er wurde mehrfach gerichtlich für jüdenfeindliche Äußerungen verurteilt. Er tritt seit 1997 regelmäßig an der Spitze von Rand- oder Splitterparteien bei Parlaments- und Europawahlen an und kandidierte 2002 und 2007 zweimal erfolglos bei Präsidentschaftswahlen.

Der ehemalige Minister Jean-Yves Le Drian bestätigte, dass er die Leitung des Unterstützungskomitees der Liste von Valérie Hayer (Renaissance) für die Europawahlen übernehmen wird. Le Drian, der fünf Jahre lang Außenminister von Emmanuel Macron (2017-2022) war, diente zuvor als Verteidigungsminister (2012-2017) unter François Hollande. Er wurde lange Zeit als möglicher Spitzenkandidat für die Europawahlen gehandelt.

Wenige Stunden nach der Rede von Emmanuel Macron an der Sorbonne stellte Jordan Bardella das Programm des Rassemblement National für die Europawahlen vor. Der Parteivorsitzende befürwortet ein „Europa der Nationen“, in dem Frankreich eine zentrale Rolle spielen würde. Jordan Bardella plädierte für eine Verstärkung der Grenzen, indem er Frontex zu einer echten Agentur zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung umbauen möchte. Um die Abhängigkeiten Europas zu verringern, kündigte der RN an, auf die Reindustrialisierung des alten Kontinents setzen zu wollen. Dies würde insbesondere durch eine europäische Zusammenarbeit der pronuklearen Länder geschehen.

Die KAS Frankreich informiert aktuell über die Europawahlen in Frankreich auf einer Sonderseite ihrer Homepage: [Hier klicken](#)

Sieben Jahre nach der seiner Sorbonne-Rede vom 26. September 2017 hielt Emmanuel Macron am 25. April erneut eine Rede an der Universität Sorbonne, in der er ein alarmierendes Bild von Europa zeichnete und eine neue Reihe von Maßnahmen vorstellte, um zu einem „Europa der Macht“ zu gelangen. Trotz verschiedener Krisen wie der Covid 19-Pandemie oder dem Ukrainekrieg habe sich das Konzept der Souveränität seit 2017 „in Europa durchgesetzt“, so Macron. Er warnte jedoch: „Heute ist unser Europa sterblich, es kann sterben“. Im Rahmen seines Rufes nach einem „Europa der Macht“, will Macron die Europäer in den nächsten Monaten auffordern, ein „strategisches Konzept für eine glaubwürdige europäische Verteidigung“ zu entwickeln, das „vielleicht“ ein europäisches Raketenabwehrschild beinhaltet. Er sprach ebenfalls von einer „europäischen Kapazität für Cybersicherheit und Cyberverteidigung“, plädierte für eine „europäische Präferenz bei der Beschaffung von militärischem Material“ und unterstützte die Idee einer europäischen Anleihe zur Finanzierung dieser Verteidigungsanstrengungen. Anschließend ging Emmanuel Macron auf die Wirtschaftspolitik Europas ein. Europa müsse bis 2030 in den Bereichen KI, Quantencomputer, Raumfahrt, neue Energien (Wasserstoff, modulare Reaktoren und Kernfusion) und Biotechnologie weltweit führend werden, sagte er.

Der französische Verteidigungsminister Sébastien Lecornu und sein deutscher Amtskollege unterzeichnen am Freitag in Paris eine Vereinbarung über das gemeinsame Projekt „Panzer der Zukunft“ (MGCS). „Nach mehreren Monaten intensiver Verhandlungen können wir nun ein Ergebnis präsentieren (...) Die Arbeitsgruppen (zwischen den beiden Ländern) haben ein Dokument erarbeitet, das wir am Freitag in Paris gemeinsam unterzeichnen werden“, sagte der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius in einem Interview, das am Donnerstag in der FAZ veröffentlicht wurde.

Bei seinem Besuch in Marokko lobte Innenminister Gérald Darmanin die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und dem marokkanischen Geheimdienst bei der Terrorismusbekämpfung, insbesondere im Vorfeld der Olympischen Spiele 2024 in Paris und des African Nations Cup 2025 in Marokko. Darmanin ist der dritte französische Minister, der das Königreich innerhalb von drei Monaten besucht, nachdem Außenminister Stéphane Séjourné Mitte Februar und der Außenhandelsminister Franck Riester Anfang April das Land besucht hatten. Auch der französische Landwirtschaftsminister Marc Fesneau besuchte das Land. Ziel dieser Besuche sei es, „eine tiefgreifende Erneuerung und Modernisierung der französisch-marokkanischen Beziehungen“ anzustoßen, so Darmanin.

Marine Le Pen, die am vergangenen Wochenende das Übersee-Département Mayotte besuchte, zeigte sich über die Infragestellung der Zugehörigkeit der Inselgruppe zu Frankreich durch die AfD verärgert. Die AfD solle sich „besser um die Probleme Deutschlands kümmern“, so Le Pen. In einer schriftlichen Anfrage im Bundestag forderte die AfD die Bundesregierung auf, „zu den Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen Stellung zu nehmen, wonach Frankreich die Inselgruppe Mayotte an die Union der Komoren zurückgeben muss“. Ein Sprecher der AfD erklärte dass seine Partei nicht antizipiert habe, „dass der RN sich über diese Frage aufregen würde“. Die Frage zielt auf die Ambivalenz ab, die die deutsche Regierung nach Ansicht der AfD bei Selbstbestimmungsreferenden praktiziert, da sie das Ergebnis des 2014 auf der Krim abgehaltenen Referendums nicht anerkenne. „Die Parallele zur Krim ist besonders ungeschickt“, urteilte Le Pen, die ihren Verbündeten nun „einige Lektionen in Geopolitik“ erteilen will.

Ein 16-jähriger Jugendlicher wurde unter dem Verdacht festgenommen, ein dschihadistisches Attentat während der Olympischen Spiele im Pariser Wirtschaftsviertel La Défense vorzubereiten. Die Person war aufgrund einer Meldung bei der örtlichen Staatsanwaltschaft aufgespürt worden, die sich auf beunruhigende Äußerungen im Messenger-Kanal Telegram bezog. Der Minderjährige erklärte dort, er wolle sich Material für einen Sprengstoffgürtel besorgen, „um als Märtyrer im Namen des islamischen Kalifats zu sterben“, so eine Polizeiquelle.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Die Vorsitzende der linkspopulistischen Partei La France insoumise in der Nationalversammlung; Mathilde Panot, wurde aufgrund des Verdachts der „Verherrlichung von Terrorismus“ von der Polizei vorgeladen. Panot wird sich zu einer Erklärung äußern müssen, die sie am 7. Oktober 2023 auf X veröffentlicht hatte. Damals sprachen die LFI-Abgeordneten von einer „bewaffneten Offensive palästinensischer Streitkräfte“, um der „Intensivierung der israelischen Besatzungspolitik“ in den palästinensischen Gebieten entgegenzutreten. Die Nachricht wurde später von der Partei relativiert.

DIE ZAHL DER WOCHE

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	1
8	2	0	6
9	2	0	1

Trotz einer seit Jahren verfolgten Politik der Entlastung, insbesondere für Geringverdiener, bleibt Frankreich weltweit die Nummer eins bei den höchsten Arbeitgeberbeiträgen. Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zahlen Arbeitgeber in Frankreich 26,6% der Arbeitskosten in Form von Sozialversicherungsbeiträgen; das ist das höchste Niveau unter den OECD-Ländern. Während dieser Anteil in Italien, Spanien, Schweden und Belgien ebenfalls über 20 % liegt, überrundet Frankreich seinen Nachbarn Deutschland (16,7 %) haushoch.